

## A – Was Wohlstand schützt

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller\*in: BAG Tierschutzpolitik  
Beschlussdatum: 16.10.2023

### Änderungsantrag zu EP-W-01

**Von Zeile 1209 bis 1212:**

brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebedntiertransporten. Dabei möchten wir Langstreckentransporte auf **achtvier** Stunden begrenzen und Tiertransporte in **schwer kontrollierbare Regionen** **Drittstaaten außerhalb der EU** unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle, ein Ende der CO<sub>2</sub>- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung

### Begründung

Die zeitliche Begrenzung von Lebedntiertransporten fördert die regionale Schlachtung. Das ist das, was Grüne wollen. Es unterbindet dadurch den Transport von Tieren über weite Strecken, nur weil diese Schlachthöfe ggf. etwas mehr bezahlen und die Transportkosten nach wie vor viel zu günstig sind.

Ebenso das Verbot von Lebedntiertransporten in Drittstaaten muss aufgenommen werden. Die Formulierung "schwer kontrollierbare Regionen" birgt die Gefahr, dass es auf Einzelfallentscheidungen hinaus läuft bzw. aus den Drittländern Zertifikate erbracht werden, die die angebliche Kontrollierbarkeit bzw. Tierschutzkonformität nachweisen sollen, aber nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Es entsteht zudem enormer Aufwand für die Behörden. Es braucht daher unbedingt eine verbindliche Liste von Ländern (von sog. Hochrisikostaaten) in die nicht exportiert werden darf, damit keine Einzelfallentscheidungen mehr nötig sind, die in der Praxis nicht kontrollierbar sind und den Vollzug schwächen.